



U 7 -12- 1992

1000 BRÜSSEL

Leopoldstraat 6 - Rue Léopold 6

Tel. 02/210.10.11

An Frau M. DE GALAN
Minister für soziale Angelegen-
heiten und für das Gesundheits-
wesen der Französischsprachigen
Gemeinschaft
rue Belliard 7
1040 Brüssel

I/Schreiben vom

I/Ref.

U/Ref.

Beilagen

23.262A/II/PD
CJ

Sehr geehrte Frau Minister,

die Vereinigten Abteilungen der Kommission für Sprachenkontrolle haben in ihrer Sitzung vom 16. September 1992 die Klage vom 13. November 1991 untersucht, die aufgrund der Tatsache eingereicht wurde, daß die Broschüre 'Manger santé' nicht in deutscher Sprache besteht.

Aus den Angaben, die Sie uns haben zukommen lassen, geht hervor, daß die Broschüre vom Ministerium für soziale Angelegenheiten und für das Gesundheitswesen der Französischsprachigen Gemeinschaft nur in französischer Sprache herausgegeben wurde.

Die Broschüre wurde folgende Dienststellen verteilt: Institut Communautaire d'Alimentation et de Nutrition, Belgisches Rotes Kreuz, Question Santé, Secrétariat permanent de l'enfant des organisations liégeoises.

Die Broschüre ist ebenfalls auf Anfrage an das Kabinett des Ministeriums für soziale Angelegenheiten und für das Gesundheitswesen hin erhältlich. Den Privatpersonen, welche die Broschüre zu erhalten wünschen, wird ein Exemplar in französischer Sprache zugeschickt.

*

*

*

Das Ministerium für soziale Angelegenheiten und für das Gesundheitswesen der Französischsprachigen Gemeinschaft ist eine Dienststelle, wie sie Artikel 35 des ordentlichen Gesetzes zur Reform der Institutionen vom 9. August 1980 vorsieht.

Was die Gemeinden mit besonderer Sprachenregelung in dem Zuständigkeitsbereich dieser Dienststelle anbetrifft, so untersteht die betroffene Dienststelle der Sprachenregelung, die den lokalen Dienststellen dieser Gemeinden durch die koordinierten Gesetze bezüglich des Sprachengebrauchs in Verwaltungsangelegenheiten im Hinblick auf für die Öffentlichkeit bestimmte Bekanntmachungen, Mitteilungen und Formulare sowie für das Aufsetzen der Urkunden, Bescheinigungen, Erklärungen und Genehmigungen vorgeschrieben werden (Artikel 36, Paragraph 2 des ordentlichen Gesetzes vom 9. August 1980).

Gemäß Artikel 12, Absatz 2 der koordinierten Sprachengesetze wird immer in der seitens der Privatperson benutzten Sprache geantwortet, wenn diese sich in französischer oder in deutscher Sprache an eine Dienststelle richtet, die sich in einer Malmédyer Gemeinde befindet.

Die personengebundenen Angelegenheiten (auf welche Artikel 59ter, 2° der Verfassung hinweist und welche Artikel 5, Paragraph 1 des Sondergesetzes zur Reform der Institutionen vom 8. August 1980 aufzählt) der Gemeinden des Deutschsprachigen Gebiets fallen jedoch unter der Zuständigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Gesetz zur Reform der Institutionen für die Deutschsprachige Gemeinschaft vom 31. Dezember 1983).

Das Ministerium für soziale Angelegenheiten und für das Gesundheitswesen der Französischsprachigen Gemeinschaft muß seine Dienste so organisieren, daß es den Wünschen der deutschsprachigen Privatpersonen in den Malmédyer Gemeinden entgegenkommen kann. Demzufolge muß das Ministerium den besagten Personen Broschüren in deutscher Sprache zur Verfügung stellen.

Die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle erklärt die Klage für zulässig und begründet.

Das vorliegende Gutachten wird dem Kläger zugestellt.

Hochachtungsvoll

Die Präsidentin

A. VAN CAUWELAERT - DE WYELS